



Niederschrift

35. Sitzung Hauptausschuss (gemeinsam mit Planungsausschuss, Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und Naturschutzbeirat – zu TOP 2)

6. Dezember 2022, 15:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus Marktplatz

Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

1.

Sitzungseröffnung und Punkt 1 der Tagesordnung: Kriminalität 2021 – Erfasste Straftaten und Tatverdächtige in Karlsruhe
Vorlage: 2022/2024

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die aktuelle Informationsvorlage zur Kenntnis.

Seit Jahren werden für die Gesamtstadt Karlsruhe und die einzelnen Stadtteile Daten zu den bekannt gewordenen Straftaten ausgewertet, und zwar differenziert nach Delikten sowie den Tatverdächtigen hinsichtlich deren Nationalität und Altersstruktur. Informationen hierzu sowie zur Kriminalität in den einzelnen Karlsruher Stadtteilen sind online unter „statistik.karlsruhe.de“ im interaktiven Karlsruher Statistikatlas jederzeit zum aktuellsten Stand verfügbar.

Die in den vergangenen Jahren zusätzlich erstellte Broschüre zur Entwicklung der Kriminalität in Karlsruhe wird eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und teilt die Namen der entschuldigten Stadträt*innen mit.

Anschließend ruft er Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf und erteilt Herrn Polizeivizepräsident Matheis das Wort.

Herr Matheis stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die aktuelle Situation dar. Anschließend macht **Herr Lipp (Ordnungsamt)** ebenfalls anhand einer Powerpoint-Präsentation Ausführungen aus Sicht des Ordnungsamtes.

Stadträtin Wolf (GRÜNE) hebt die Zahl der Wohnungseinbrüche hervor. Diese seien deutlich zurückgegangen. Dies trage dazu bei, dass man sich in Karlsruhe sicher fühle. Nicht zuletzt liege dies auch am starken Einsatz der Polizei, welche mit einem umfassenden Präventionskonzept unterwegs sei, sehr präsent auf Veranstaltungen, auf dem Marktplatz.

Kontinuierlich nehmen in den letzten Jahren die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung zu. Es mache sicherlich keinen Sinn, die Zahlen vom letzten Jahr mit den Jahren von vor fünf Jahren zu vergleichen, weil man heute zum Glück gesellschaftlich eine andere Haltung dazu habe. Bei der häuslichen Gewalt gebe es eine hohe Dunkelziffer. Es sei aber klar, dass dieses Thema nicht nur Aufgabe der Polizei oder des KOD sei. Es bleibe eine Daueraufgabe für die ganze Stadt. Alles in allem sei Karlsruhe jedoch eine sichere Stadt.

Stadtrat Hofmann (CDU) zeigt sich erfreut, dass die Straftaten zurückgingen. Trotzdem dürfe man nicht vergessen, dass dies subjektiv teilweise anders wahrgenommen werde. Durch präventive Maßnahmen könne man viel erreichen. Gerade am Werderplatz müsse man weitermachen, um gerade für die Menschen vor Ort wieder eine Sicherheit zu gewährleisten.

Es sei schon Großes geleistet worden. Ohne diese Leistungen würden diese Zahlen sicherlich so nicht machbar.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR) weist darauf hin, beim Werderplatz hätten 1037 Einsätze innerhalb eines Jahres stattgefunden. Das bedeute, Polizei und KOD seien mindestens dreimal am Tag vor Ort. Dass dann die Fallzahlen sinken, sei klar. Dieses enorme Aufgebot könne man jedoch nicht ständig leisten. Insofern könne man es nicht nur von den Fallzahlen her betrachten.

Stadträtin Fenrich (AfD) spricht die Gruppe Granit an. Sie verstehe die Aussage von Herrn Matheis so, dass sich die Polizei zurückziehe. Wie sehe die Planung aus? Auf den KOD werden dann mehr Aufgaben zukommen. Sei der KOD dazu in der Lage?

Herr Matheis (Polizeipräsidium) entgegnet, man ziehe sich nicht komplett zurück. Lediglich könne man die konzeptionelle Vorgehensweise nicht mehr gewährleisten, weil man dafür bisher Kräfte von der Bereitschaftspolizei bekommen habe, die aber inzwischen für andere Schwerpunkte benötigt würden. Sobald man die Konzeption zurückfahre, werde man sich mit dem Ordnungsamt abstimmen, wie partnerschaftlich vorgegangen werde.

Der Vorsitzende bekennt, er habe es auch so verstanden. Umgekehrt ziehe er den Schluss, dass in dem Moment, in dem sich die Dinge falsch entwickelten, die Polizei ihre Anwesenheit erweitern müsse.

Zum Thema Alkoholverbot sei ihm wichtig an das anzuknüpfen, was von Herrn Matheis dargestellt wurde, dass es allein von den Zahlen her nicht darstellbar sei, das Alkoholverbot auszuweiten. Dieses könne man immer nur für einen begrenzten Zeitraum erteilen. Wenn man erfolgreich sei mit den Kontrollen und dem Alkoholverbot, schaffe man relativ schnell das

Alkoholverbot wieder ab. Er bitte darum, das Bemühen gegenüber der Landesregierung zu unterstützen, dass das Alkoholkonsumverbot auf eine andere rechtliche Grundlage gehoben werde, die nicht abhängig von kurzfristigen Entwicklungen mache und die auch die Möglichkeit gebe, ein im Sommer erfolgreiches Alkoholverbot auch in den Wintermonaten aufrechterhalten zu können. Es gebe einen Vorschlag einer Arbeitsgruppe, welcher auf Städtetageebene erarbeitet wurde, das es entsprechend des bayerischen Modells auf eine andere Grundlage heben könne. Dieser Vorschlag sei vom Innenministerium nicht aufgenommen worden und werde auch bisher in der Umsetzung nicht bearbeitet.

Herr Lipp (Ordnungsamt) meint, man benötige einen konkreten Nachweis der Vorfälle. Nur wenn man konkrete Zahlen habe, könne man es hinreichend begründen.

Der Vorsitzende ergänzt, man habe gute Zahlen, weshalb man das Alkoholkonsumverbot aussprechen konnte. Man benötige jedoch eine größere Rechtssicherheit, um es über einen längeren Zeitraum und gegebenenfalls auch noch umfassender umsetzen zu können.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt er sich bei Herrn Matheis und Herrn Lipp und stellt die Kenntnisnahme der Vorlage fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
19. Dezember 2022